

Fragen

**für die Fragestunde der 64. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. Oktober 2010**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bas, Bärbel (SPD)	43, 44	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	82, 83
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	94	Kramme, Anette (SPD)	25, 26
Beckmeyer, Uwe (SPD)	72, 73	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Bender, Birgitt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	75, 76	Lemme, Steffen-Claudio (SPD)	35, 36
Buchholz, Christine (DIE LINKE.)	60, 61	Lösekrug-Möller, Gabriele (SPD)	51, 52
Crone, Petra (SPD)	64, 65	Lühmann, Kirsten (SPD)	1
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	95	Marks, Caren (SPD)	66, 67
Duin, Garrelt (SPD)	21, 22	Mast, Katja (SPD)	47, 48
Dr. h. c. Erler, Gernot (SPD)	62, 63	Mattheis, Hilde (SPD)	41, 42
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 84	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	92, 93
Ferner, Elke (SPD)	27, 28	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20
Friedrich, Peter (SPD)	77	Oppermann, Thomas (SPD)	49, 50
Hagemann, Klaus (SPD)	10, 11	Paula, Heinz (SPD)	14
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17
Herlitzius, Bettina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	80, 81	Dr. Reimann, Carola (SPD)	40
Hermann, Winfried (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4	Rix, Sönke (SPD)	33, 34
Herzog, Gustav (SPD)	55, 56	Röspel, René (SPD)	86, 87
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 85	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	31, 32
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	12, 91	Roth, Karin (Esslingen) (SPD)	88
Juratovic, Josip (SPD)	45, 46	Schaaf, Anton (SPD)	29, 30
Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	2	Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	74
		Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD)	70, 71
		Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	37, 38

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schwartze, Stefan (SPD)	9, 39	Wagner, Daniela (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78, 79
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	15, 16	Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	68, 69
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 59	Ziegler, Dagmar (SPD)	53, 54
Stüber, Sabine (DIE LINKE.)	89, 90	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	13, 24
Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	57, 58		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	24
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	25
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	26

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordnete
Kirsten Lühmann
(SPD) Welche Informationen gibt es z. B. vom Bundeskriminalamt (BKA) über die zunehmende Nutzung der sich entvölkernden ländlichen Räume insbesondere im Osten Deutschlands durch organisierte Kriminalität als Rückzugsräume?

2. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie beurteilt die Bundesregierung die von der UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay erhobenen schweren Vorwürfe gegen Deutschland, „die anhaltende Rückführung der Roma von Deutschland in das Kosovo habe verheerende Folgen für die Rechte der Kinder“ sowie ihre Klage über eine „unglaubliche Diskriminierung“, und beabsichtigt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Rückführungen der Roma in das Kosovo auszusetzen bzw. entsprechend dem Vorschlag der UN-Menschenrechtskommissarin ihnen einen verbesserten Zugang zu Bildung und anderen Leistungen wie medizinische Versorgung, angemessene Unterkünfte und Arbeitsmöglichkeiten einzuräumen?

3. Abgeordneter
Winfried Hermann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Trifft es zu, dass an dem Polizeieinsatz am Schlossgarten in Stuttgart am 30. September 2010 Kräfte der Bundespolizei beteiligt waren, und wenn ja, welche Einsatzpläne lagen dafür vor?

4. Abgeordneter
Winfried Hermann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Warum wurde gerade jetzt und so massiv gegen die seit Wochen friedlich gegen das Projekt Stuttgart 21 demonstrierenden Bürgerinnen und Bürger vorgegangen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

5. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche schriftlichen und mündlichen Absprachen/Vereinbarungen/(Vor-)Verträge/Term-Sheets etc. hat es in dieser Legislaturperiode zwischen der Bundesregierung und den vier großen Energieversorgern (einzeln oder gemeinsam) gegeben?

6. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit bestätigt die Bundesregierung die Angaben des Vorsitzenden des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung, Florian Toncar, wonach der Bund von den allein 2009 in die Hypo Real Estate Holding (HRE) investierten 6 Mrd. Euro nun 4,75 Mio. Euro = 80 Prozent abgeschrieben habe und von den gesamten Kapitalhilfen des Bundes für die HRE 8 Mrd. Euro verloren seien (DIE WELT vom 27. September 2010), und wie bewertet die Bundesregierung angesichts der von der EU-Kommission geäußerten Zweifel an der längerfristigen Überlebensfähigkeit der HRE das Risiko für die Staatsfinanzen und den Steuerzahler, dass zusätzlich Kapitalhilfen aus Steuermitteln verloren sind und die Garantiezahlungen an die HRE von inzwischen 142 Mrd. Euro zu Lasten des Bundeshaushalts fällig werden?
7. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung an ihrem Ziel fest, die Gewerbesteuer durch kommunale Zuschläge auf die Einkommen-, Körperschaft- und Abgeltungssteuer zu ersetzen, nachdem der Bayerische Staatsminister der Finanzen, Georg Fahrenschon, am Montag, dem 27. September 2010, erklärt hat, dass der Freistaat Bayern allenfalls zu kleinen Korrekturen an der Gewerbesteuer bereit sei?
8. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Um wie viele Punkte müssten die Umsatzsteueranteile der Kommunen erhöht werden, damit der mit dem von dem Bayerischen Staatsminister der Finanzen, Georg Fahrenschon, vorgeschlagene Verzicht auf sogenannte Hinzurechnungen bei den Kommunen kompensiert werden kann, und ist diese Maßnahme geeignet, die Gemeindefinanzen zu stärken, insbesondere finanzschwachen Kommunen zu helfen?
9. Abgeordneter
Stefan Schwartze
(SPD)
- Wie bringt die Bundesregierung die erneute Kostenbelastung für Kommunen in Einklang mit der Einsetzung der Gemeindefinanzkommission, die nach Möglichkeiten suchen soll, die Finanzsituation der Kommunen zu stärken?
10. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- In welchem Umfang haben im Hinblick auf Presseveröffentlichungen in der „FAZ“ vom 29. September 2010 zum Haushaltsbericht 2009 der Europäischen Union („8,1 Milliarden Euro netto für die EU“) jeweils im Einzelnen die Bundesregierung

(nach Bundesministerien) und die Bundesländer (nach Ländern) Rückflüsse von EU-Mitteln erhalten?

11. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)

Welche Projekte in Deutschland sollen bzw. werden mit Hilfe des Europäischen Konjunkturprogramms (jeweils mit Angabe des Investitionsvolumens und der geplanten EU-Zuschüsse) finanziert?
12. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)

Stimmt die Bundesregierung dem Ergebnis des aktuellen Berichts der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (The Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes) zu, dass die mit den Caymen Islands und Monaco abgeschlossenen Doppelbesteuerungs- bzw. Informationsaustauschabkommen keinen effektiven Schutz gegen Steuerhinterziehung bieten, weil nicht sichergestellt ist, dass bestimmte Informationen über Anteilseigner und Identitätsnachweise vorliegen oder aktualisiert werden (ToR A.1, ToR A.2), und welche Position vertritt die Bundesregierung in der anstehenden Verhandlung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Singapur hinsichtlich der Methode zur Vermeidung der Doppelbesteuerung mittels Anrechnungs- oder Freistellungsmethode?
13. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)

Wie hoch ist die Einkommensteuerbelastung der Gruppe von Beschäftigten, die etwa der Referenzgruppe für die Ermittlung der neuen Hartz-IV-Regelsätze entspricht (bitte Einzelbelastung absolut wie relativ nennen sowie das gesamte Steueraufkommen), und wie viele Erwerbstätige zahlen Einkommensteuer und erhalten zugleich aufstockende Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) (bitte jährliche Zahlen seit 2005 nennen und möglichst nach verschiedenen Erwerbsformen differenzieren)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

14. Abgeordneter
**Heinz
Paula**
(SPD)
- Ist die für diese Legislaturperiode angekündigte Tourismuskonzeption für den ländlichen Raum schon in Arbeit, und wann genau kann mit ihrer Veröffentlichung gerechnet werden?
15. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Urlaubsplätze stehen in den Ländern in Familienferienstätten zur Verfügung, und wie hoch sind die durchschnittlichen Kosten für einen 14-tägigen Urlaub in einer Familienferienstätte für eine Alleinerziehende mit zwei Kindern mit Hartz-IV-Bezug mit bzw. ohne zusätzliche Landesförderung (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
16. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)
- Wie will die Bundesregierung ihre in ihren Tourismuspolitischen Leitlinien beschlossene Zielstellung: „Ziel der Bundesregierung ist die Teilhabe aller Bevölkerungskreise am Tourismus. Auch Menschen mit gesundheitlichen, sozialen oder finanziellen Einschränkungen sollen reisen können. Deshalb werden Ferienunterkünfte zu erschwinglichen Preisen gefördert.“ für auf Hartz IV angewiesene Familien mit Kindern realisieren, wenn für ein schulpflichtiges Kind für „Beherbergungs- und Gaststättenleistungen“ im Jahr 42,12 Euro bzw. 57,36 Euro vorgesehen sind?
17. Abgeordnete
**Lisa
Paus**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist die im Energiekonzept der Bundesregierung erklärte Absicht zu verstehen, wonach „die Bundesregierung ab 2013 den im Haushaltsbegleitgesetz zu beschließenden Spitzenausgleich im Rahmen der Energie- und Stromsteuer nur noch gewähren wird, wenn die Betriebe einen Beitrag zu Energieeinsparungen leisten“, wenn die Bundeskanzlerin nur wenige Tage später bezüglich des aktuell vom Bundeskabinett beschlossenen Haushaltsbegleitgesetzes zum Abbau von Ausnahmen bei der Ökosteuer gegenüber dem Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI) erklärt: „Ich sage Ihnen zu, dass wir über diese Regeln noch einmal sprechen.“?

18. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kriterien bezüglich Wirkungsgrad und CCS-Fähigkeit (CCS = Carbon Capture and Storage) müssen erfüllt sein, damit ein Kraftwerk nach Kapitel C.2 des Energiekonzeptes durch Mittel aus dem Energie- und Klimafonds förderfähig ist, und welche Unternehmen sind der Bundesregierung bekannt, die solche Kraftwerke gegenwärtig bauen oder über eine fortgeschrittene Planung verfügen?
19. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Zeitplan verfolgt die Bundesregierung gegenwärtig bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Demonstration der dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (CCS-Gesetz), und welche Auswirkungen hätte eine Verabschiedung des Gesetzes erst im Jahr 2011 auf die Förderfähigkeit des CCS-Demonstrationsprojektes in Jänschwalde durch Mittel aus dem europäischen Emissionshandel?
20. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unterstützt die Bundesregierung den Multi-Stakeholder-Ansatz im Bereich der globalen Netzpolitik, und wird sie sich demnach während der nächsten Vollversammlung der Vereinten Nationen für eine Verlängerung des auslaufenden Mandats des im Rahmen des Weltgipfels der Informationsgesellschaft eingerichteten Internet-Governance-Forums einsetzen?
21. Abgeordneter
**Garrelt
Duin**
(SPD)
- Wann wird der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Rainer Brüderle, ein „umfassendes Gesamtkonzept“ zur Industriepolitik vorlegen, wie es von ihm am 23. September 2010 im „Handelsblatt“ angekündigt worden ist, und welche inhaltlichen Schwerpunkte wird das Konzept enthalten?
22. Abgeordneter
**Garrelt
Duin**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz vom 17./18. Juni 2010 mit dem festgestellt wird, dass dringend weiterer Verbesserungsbedarf am KfW-Sonderprogramm besteht, und welche Maßnahmen wird sie treffen?
23. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konditionen sind für die geplanten Kredite der KfW Bankengruppe für Offshore-Windparks vorgesehen, und sollen auch marktbeherrschende Energieversorgungsunternehmen wie E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW berechtigt sein, zinsverbilligte Kredite in Anspruch zu nehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

24. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)
- Wie gestaltet sich beim Eingliederungstitel im SGB II der Mittelabfluss bis zum Monat September 2010 (bitte absolut wie relativ angeben), und was sind, gemessen an den Teilnehmerzahlen sowie dem Umfang der Mittel, die zehn größten Arbeitsmarktinstrumente?
25. Abgeordnete
**Anette
Kramme**
(SPD)
- Zu welchen Ergebnissen für die Höhe der Regelbedarfe (in Euro) kommt die Bundesregierung auf Grundlage der beim Statistischen Bundesamt in Auftrag gegebenen Sonderauswertungen für ein Perzentil von 10 Prozent, 15 Prozent und 20 Prozent der nach dem Nettoeinkommen geschichteten Haushalte sowie der Einkommensgruppe unterhalb von 60 Prozent des Medians der Nettoeinkommen?
26. Abgeordnete
**Anette
Kramme**
(SPD)
- Nach welchem methodischen Verfahren werden die Referenzhaushalte nach § 3 des „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ (Referentenentwurf) gebildet, und wie begründet es die Bundesregierung, dass für die Einpersonenhaushalte die unteren 15 Prozent und für die Familienhaushalte die unteren 20 Prozent der nach der Einkommenshöhe geschichteten Haushalte als Referenzhaushalte verbleiben?
27. Abgeordnete
**Elke
Ferner**
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung darauf verzichtet, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008 um die Haushalte zu bereinigen, die lebensunterhaltssichernde Leistungen nach Kapitel 3 Abschnitt 2 des SGB II, dem Dritten und Vierten Kapitel des SGB XII, den §§ 2 und 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) und dem Bundesausbildungsgesetz empfangen, um anschließend die verbleibenden Haushalte in Quintile einzuteilen, und dann das unterste Quintil als Referenzgruppe zu betrachten?
28. Abgeordnete
**Elke
Ferner**
(SPD)
- In welchem Umfang werden die nicht veröffentlichten Positionen aus der EVS 2008 jeweils als regel-satzrelevant anerkannt?

29. Abgeordneter
**Anton
Schaaf**
(SPD)
- Mit welcher Begründung hat die Bundesregierung darauf verzichtet, bei der Bestimmung der Referenzhaushalte alle Haushalte herauszurechnen, die lebensunterhaltsichernde Leistungen nach dem Kapitel 3 Abschnitt 2 des SGB II, dem Dritten und Vierten Kapitel des SGB XII, den §§ 2 und 3 AsylbLG und dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten, und wie rechtfertigt die Bundesregierung den Verzicht auf die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichtes, „bei der Auswertung künftiger Einkommens- und Verbrauchsstichproben darauf zu achten, dass Haushalte, deren Nettoeinkommen unter dem Niveau der Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch und dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch inklusive der Leistungen für Unterkunft und Heizung liegt, aus der Referenzgruppe ausgeschieden werden“ (BVerfG, 1 BvL 1/09 vom 9. Februar 2010, Rn. 169)?
30. Abgeordneter
**Anton
Schaaf**
(SPD)
- Wie begründet sich der Mischindex zur Fortschreibung der Regelbedarfsstufen nach § 28a SGB XII (in der Fassung des Artikels 3 des Referentenentwurfes eines „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“), und sind auch andere Varianten – z. B. mit einem anderen Verhältnis der Preise der regelsatzrelevanten Güter und Dienstleistungen zur Entwicklung der Nettolöhne – geprüft worden?
31. Abgeordneter
**Dr. Ernst Dieter
Rossmann**
(SPD)
- Warum verzichtet die Bundesregierung darauf, dafür zu sorgen, dass – unter Beteiligung der Bundesländer und Kommunen – Leistungen für Bildung und Teilhabe von Kindern über die Schulen und Kindertagesstätten unter Einbeziehung der Jugendämter organisiert werden, zumal so alle Kinder – und nicht nur diejenigen in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II und SGB XII – erreicht werden können?
32. Abgeordneter
**Dr. Ernst Dieter
Rossmann**
(SPD)
- Wie viele Kinder, die gegenwärtig das sogenannte Schulbedarfspaket erhalten, werden keinen Anspruch mehr auf diese Leistung besitzen, wenn § 6a Absatz 4a des Bundeskindergeldgesetzes gestrichen wird (Artikel 10 Nummer 2 des Referentenentwurfes eines „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“), und stattdessen der Anspruch im § 7 Absatz 2 SGB XII (Artikel 1 Nummer 10 des Referentenentwurfes eines „Gesetzes

zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“) geregelt wird?

33. Abgeordneter
Sönke Rix
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die restriktive Regelung des § 4 Absatz 2 SGB II (Artikel 1 Nummer 2 des Referentenentwurfes eines „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“), wonach für die gesellschaftliche Teilhabe im sozialen und kulturellen Bereich von Kindern kein Sicherstellungsauftrag für die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende vorgesehen ist, für angemessen?
34. Abgeordneter
Sönke Rix
(SPD)
- Ist die Zuordnung der Verbrauchsausgaben für Kinder in Familienhaushalten auf Grundlage der Studie „Kosten eines Kindes“ nach Ansicht der Bundesregierung ein Verteilungsschlüssel, der auch für die Zukunft angewendet werden kann, und wie bewertet die Bundesregierung z. B. die Möglichkeit, die Verbrauchsausgaben für Kinder durch einen Vergleich der Verbrauchsausgaben von Paarhaushalten mit einem Kind zu Paarhaushalten ohne Kind zu ermitteln?
35. Abgeordneter
Steffen-Claudio Lemme
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung darauf verzichtet, die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf nach § 28 Absatz 3 SGB II und § 34 Absatz 2 Nummer 3 SGB XII in der Fassung des Referentenentwurfes eines „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ in der Höhe zu begründen, obwohl das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 genau die fehlende Herleitung kritisiert hat?
36. Abgeordneter
Steffen-Claudio Lemme
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es für eine angemessene Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes, den Bedarf auf Lernförderung zu sichern, wenn nach § 28 Absatz 4 SGB II bzw. § 34 Absatz 4 SGB XII in der Fassung des Referentenentwurfes eines „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ nur ein Anspruch besteht, wenn das „wesentliche Lernziel“ – nämlich die Versetzung – verfehlt wird?

37. Abgeordneter
Swen Schulz
(Spandau)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die restriktive Regelung des § 4 Absatz 2 SGB II (Artikel 1 Nummer 2 des Referentenentwurfes eines „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“), wonach für die gesellschaftliche Teilhabe im sozialen und kulturellen Bereich von Kindern kein Sicherstellungsauftrag für die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende vorgesehen ist, für angemessen?
38. Abgeordneter
Swen Schulz
(Spandau)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung tatsächlich der Auffassung, dass die Abrechnung von Ausflügen, Kita- und Klassenfahrten, Lernförderung, Mittagessen und Teilhabebudget über einen Gutschein, wie es in § 29 SGB II bzw. § 34a SGB XII in der Fassung des Referentenentwurfes eines „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ vorgesehen ist, eine praktikable und effiziente Lösung darstellt, und mit welchem Verwaltungsaufwand und zusätzlichen Personalkosten bei den Trägern der Grundsicherung rechnet die Bundesregierung?
39. Abgeordneter
Stefan Schwartze
(SPD)
- Wie hoch werden die zusätzliche Belastung für die Kommunen und die Einsparung für den Bund sein, wenn das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, wie im Referentenentwurf zur Änderung des SGB II vorgesehen, den Wohngeldvorrang für Kinder streicht, die aufgrund von Unterhaltszahlungen nicht auf Sozialgeld angewiesen waren, und sie stattdessen auf die Grundsicherung für Arbeitssuchende verweist?
40. Abgeordnete
Dr. Carola Reimann
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes für vereinbar, dass einerseits nach § 28 Absatz 5 SGB II bzw. § 34 Absatz 5 SGB XII in der Fassung des Referentenentwurfes eines „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ ein gemeinsames Mittagessen in Schulen und Kindertagesstätten als zusätzlicher Bedarf anerkannt wird, andererseits keine Anstrengungen unternommen werden, um sicherzustellen, dass auch das Angebot deutlich erhöht wird, damit mehr als nur die bisherigen 20 Prozent der Kinder in dieser Altersgruppe davon profitieren können?

41. Abgeordnete
**Hilde
Mattheis**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass die vorgeschlagene Regelung zur Fortschreibung der Regelbedarfsstufen nach § 28a SGB XII (in der Fassung des Artikels 3 des Referentenentwurfes eines „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“) die Veränderungen der Löhne und Preise im Vergleich des Vorjahres zum Vorvorjahr berücksichtigt, und zwar insbesondere vor dem Hintergrund, dass „der Gesetzgeber ... daher Vorkehrungen zu treffen (hat), auf Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel Preissteigerungen oder Erhöhungen von Verbrauchsteuern, zeitnah zu reagieren, um zu jeder Zeit die Erfüllung des aktuellen Bedarfs sicherzustellen“ (BVerfG, 1 BvL 1/09 vom 9. Februar 2010, Rn. 140)?
42. Abgeordnete
**Hilde
Mattheis**
(SPD)
- Warum sind die für das Jahr 2008 ermittelten regel-satzrelevanten Verbrauchsausgaben nicht nach der immanenten Logik des § 28a SGB XII (in der Fassung des Artikels 3 des Referentenentwurfes eines „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“) mit den Veränderungs-raten der Jahre 2008 zu 2007 und 2009 zu 2008 fortgeschrie-ben worden, sondern ausweislich der Begründung zu § 7 des „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbe-darfen nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetz-buch“ (Referentenentwurf) nur mit der Verände-rungsrate des Jahres 2009?
43. Abgeordnete
**Bärbel
Bas**
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die in § 24 SGB II und § 31 SGB XII in der Fassung des Referentenentwurfes eines „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ abschließend definierten gesonderten Bedarfe für ausreichend, um die Ver-sorgung mit Leistungen, die nicht im Leistungskata-log der gesetzlichen Krankenversicherung enthalten sind, sicherzustellen, und wie steht sie insbesondere zu Überlegungen, z. B. Brillen und Verhütungsmittel für Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfän-ger nach dem SGB II und SGB XII auf Antrag zu gewähren?
44. Abgeordnete
**Bärbel
Bas**
(SPD)
- Auf Grundlage welcher Rechengrößen errechnet sich der Wert von „0,55“, der zur Fortschreibung der regelsatzrelevanten Verbrauchsausgaben nach § 7 des „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“

(Referentenentwurf) dient und in § 28a SGB XII (in der Fassung des Artikels 3 des Referentenentwurfes eines „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“) als Mischindex aus der Veränderungsrate der regelsatzrelevanten Güter und Dienstleistungen und der Entwicklung der Nettolöhne definiert ist?

45. Abgeordneter
Josip Juratovic
(SPD)
- Welche Personen bzw. welche „anderen Sozialleistungen“ sind gemeint, wenn in der Begründung zu den §§ 2 bis 4 des „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ (Referentenentwurf) formuliert ist, dass „Personen zur Vermeidung von Zirkelschlüssen nicht in der Referenzgruppe berücksichtigt (werden), die neben anderen Sozialleistungen aufstockende existenzsichernde Leistungen erhalten“?
46. Abgeordneter
Josip Juratovic
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es mit der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Transparenz bei der Ermittlung der Regelsätze für vereinbar, dass einerseits Konsumausgaben, die von höchstens 25 Haushalten in der EVS 2008 getätigt worden sind, nicht veröffentlicht, doch diese andererseits als regelbedarfsrelevante Position anerkannt werden?
47. Abgeordnete
Katja Mast
(SPD)
- Wie lässt es sich rechtfertigen, dass für Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger nach dem SGB II zwar einerseits der Besitz eines Personenkraftwagens angemessen ist, um auch eine Erwerbstätigkeit aufnehmen bzw. ausüben zu können, andererseits der Unterhalt bei der Regelsatzbemessung nicht berücksichtigt wird, und müsste alternativ zur Sicherung der Mobilität nicht auf jeden Fall eine Monatskarte für den öffentlichen Personennahverkehr garantiert sein, anstatt nur auf die durchschnittlichen Verbrauchsausgaben von Haushalten, die keine Ausgaben für Kraftstoff und Schmiermittel tätigen, abzustellen?
48. Abgeordnete
Katja Mast
(SPD)
- Wie begründet es die Bundesregierung, dass für die Berücksichtigung der regelbedarfsrelevanten Ausgaben für Verkehr eine Sonderauswertung durchgeführt worden ist, wonach hier nur Haushalte berücksichtigt wurden, die keine Ausgaben für Kraftstoff und Schmiermittel getätigt haben, während andere Verbrauchspositionen, die als nicht regelsatzrelevant

bezeichnet werden, einfach nicht berücksichtigt werden und hätten bei diesen „unerwünschten“ Verbrauchsausgaben dann nicht ebenfalls nur die Haushalte betrachtet werden dürfen, bei denen diese Ausgaben nicht anfallen, um zu verhindern, dass auch Personen eine Minderung ihres Regelbedarfes erfahren, die selber gar nicht beabsichtigen, entsprechende Produkte zu kaufen?

49. Abgeordneter
**Thomas
Oppermann**
(SPD)

Wie ist die Begründung zu den §§ 2 bis 4 des „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ (Referentenentwurf) zu verstehen, wonach für die Bestimmung der Referenzgruppe alle Haushalte ausgeschlossen sind, „die lediglich über ein Einkommen verfügen, das zur Sicherung des Lebensunterhalts notwendig ist“?

50. Abgeordneter
**Thomas
Oppermann**
(SPD)

Nach welchem methodischen Verfahren hat die Bundesregierung die Regelbedarfe weiterer erwachsener Leistungsberechtigter in den Regelbedarfsstufen 2 und 3 nach § 8 des „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ (Referentenentwurf) ermittelt, und warum hat sie darauf verzichtet, auch einen Haushalt mit zwei Erwachsenen ohne Kind als Referenzhaushalt zu bestimmen?

51. Abgeordnete
**Gabriele
Lösekrug-Möller**
(SPD)

Werden aus der Gesamtheit der Haushalte, die zur Bestimmung der Referenzhaushalte herangezogen werden, nur die Haushalte herausgerechnet, die ausschließlich „Leistungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel sowie nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch“ (§ 28 Absatz 3 SGB XII in der Fassung des Referentenentwurfes eines „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“) beziehen oder alle Haushalte von SGB-II-Leistungsempfängerinnen und -empfängern, die Erwerbseinkommen erzielen, wie es der § 3 Absatz 2 des „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ (Referentenentwurf) nahelegt?

52. Abgeordnete
Gabriele Lösekrug-Möller
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage von renommierten Armutsforschern, wonach das Statistikmodell möglichst ohne normative Vorgaben angewendet werden sollte, da ansonsten die Gefahr besteht, dass es Prinzipien eines „Warenkorbes“ annimmt?
53. Abgeordnete
Dagmar Ziegler
(SPD) Warum verzichtet die Bundesregierung darauf, einen unmittelbaren Rechtsanspruch auf Förderung und soziokulturelle Teilhabe zu schaffen und dies mit einer Offensive für Infrastruktur, bei der sich Bund, Länder und Kommunen auf einen Ausbau von Frühen Hilfen, dem Ausbau von Kindertagesstätten und dem Ganztagschulausbau und Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern verständigen müssen, zu verbinden, wobei selbstverständlich Ausbauziele, Qualitätsstandards und Finanzierung vereinbart werden müssen?
54. Abgeordnete
Dagmar Ziegler
(SPD) Hat die Bundesregierung zusätzlich zur Auswertung der EVS 2008 Untersuchungen angestellt, um sicherzustellen, dass die empirisch ermittelten Verbrauchsausgaben in zentralen Fragen – z. B. der Ernährung und der kulturellen Teilhabe – einen notwendigen Mindeststandard garantieren?
55. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD) Bis zu welchem Nettoeinkommen erstrecken sich die von der Bundesregierung als Referenzhaushalte betrachteten Haushalte?
56. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD) Wie hoch wären die Regelbedarfe auf Grundlage der Ergebnisse der EVS 2008 ausgefallen, wenn die Bundesregierung den methodischen Weg verfolgt hätte, die EVS 2008 um die Haushalte zu bereinigen, die existenzsichernde Leistungen erhalten, und anschließend die verbleibenden Haushalte in Quintile eingeteilt hätte, um dann das unterste Quintil als Referenzgruppe zu betrachten?

57. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Wie viele Antragstellerinnen und Antragsteller aus landwirtschaftlichen Betrieben sind der Bundesregierung bekannt (differenziert nach Bundesländern), die im Jahr 2010 Leistungen nach dem SGB II beantragt haben und mit einer Erhöhung der Regelsätze nach dem Kabinettsbeschluss vom 26. September 2010 rechnen können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

58. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung aus der Kritik der Rechtsabteilung des Europäischen Parlaments am EU-Fischereiabkommen mit dem Königreich Marokko, welche Fangrechte vor der fischreichen Küste der Westsahara beinhalten, und wird sie sich gegen eine Verlängerung des Fischereiabkommens unter Einbezug der Küste Westsaharas einsetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

59. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Angaben macht die Bundesregierung zur Anzahl von gemeinsamen Operationen mit dem Ziel der Festnahme von Aufständischen im Norden Afghanistans seit Juli 2009, die mit afghanischen Sicherheitskräften im Rahmen von „Partnerin“-Einsätzen zwar verabredet waren, zu denen die Partner aber nicht erschienen – wie die Operationen „Weißer Adler“ und „Taohid III“ (so DER SPIEGEL, 39/2010, S. 115) – sowie zu den Gründen, die von afghanischer Seite für das Nichterscheinen angegeben wurden, und wurden diese Operationen dann gar nicht oder ohne afghanische Beteiligung von Soldaten der Bundeswehr allein durchgeführt?
60. Abgeordnete
Christine Buchholz
(DIE LINKE.)
- Aufgrund welcher Verdienste hat die Bundeswehr Georg Klein, rund ein Jahr nach seiner Entscheidung zur Bombardierung am 4. September 2009 im Raum Kundus, bei der bis zu 142 unbeteiligte Personen getötet wurden, in eine höhere Besoldungsgruppe befördert, wie Presseberichten (z. B. BILD ONLINE vom 12. September 2010, www.bild.de) zu

entnehmen war, und ist es korrekt, dass mit der Beförderung eine monatliche Gehaltserhöhung von rund 600 Euro einhergeht?

61. Abgeordnete
Christine Buchholz
(DIE LINKE.)
- Hält die Bundesregierung die Beförderung Georg Kleins angesichts seiner Rolle bei der Bombardierung vom 4. September 2009 für angemessen, und wie schätzt die Bundesregierung die Wirkung dieser Entscheidung auf die Soldaten im Einsatz ein?
62. Abgeordneter
Dr. h. c. Gernot Erler
(SPD)
- Stimmen Informationen zu Plänen der Bundesregierung, den Standort des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) in Potsdam aufzulösen und das Amt der Führungsakademie der Bundeswehr anzugliedern, und welche Zeitpläne sind für diese Umstrukturierung vorgesehen?
63. Abgeordneter
Dr. h. c. Gernot Erler
(SPD)
- Welche konzeptionellen Vorstellungen verbinden sich mit den Verlagerungsplänen für das MGFA und für die gesamte militärgeschichtliche Forschung in Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

64. Abgeordnete
Petra Crone
(SPD)
- Wann genau ist mit dem vom Pressereferenten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hanno Schäfer, im „SÜDKURIER“ am 30. September 2010 angekündigten Anschlusskonzept zur Folgefinanzierung der Mehrgenerationenhäuser zu rechnen?
65. Abgeordnete
Petra Crone
(SPD)
- Inwiefern sind andere Bundesressorts, Länder und Kommunen in die Ausarbeitung eines solchen Anschlusskonzepts zur Folgefinanzierung einbezogen?

66. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD) Trifft es zu, dass zum 1. Januar 2011 für alle bisherigen Elterngeldbezieherinnen und -bezieher neue Bescheide durch die Familienkassen erstellt werden müssen, und wenn ja, wie groß ist die Zahl derjenigen, bei denen sich die laufende Elterngeldzahlung verringern wird (bitte genaue Angaben differenziert nach Geschlecht, noch ausstehendem Bezugszeitraum der Zahlung und Einsparvolumen)?
67. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD) Wie soll die geplante Freibetragsregelung für Elterngeldempfängerinnen und -empfänger, die Kinderzuschlag und Leistungen nach dem SGB II (sogenannte Aufstocker) beziehen, konkret ausgestaltet werden, und wie viele Eltern/Kinder sind davon betroffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

68. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.) Würde sich – gesetzt den Fall, das GKV-Finanzierungsgesetz tritt in der Fassung des Kabinettsbeschlusses in Kraft – § 32 Absatz 4 SGB XII wegen der darin enthaltenen Formulierung „in der ab dem 01.01.2009 geltenden Fassung“ auf einen quasi konservierten, historischen § 242 SGB V beziehen oder auf den dann geltenden neuen § 242 SGB V nach GKV-Finanzierungsgesetz?
69. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.) Wie hoch schätzt die Bundesregierung – unabhängig von der Erhöhung des allgemeinen Beitragssatzes oder sonstigen sich möglicherweise verändernden Randbedingungen, also ceteris paribus – die Einbußen der gesetzlichen Krankenversicherung durch die geplante, ab 2011 geltende niedrigere Beitragsbemessungs- und Pflichtversicherungsgrenze?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

70. Abgeordnete
**Silvia
Schmidt
(Eisleben)
(SPD)** Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die Kürzung des Haushaltsansatzes für das Programm der KfW Bankengruppe „Altengerechtes Bauen“ für das Jahr 2011 mit dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP nicht vereinbar ist und dass diese Kürzung die zugesagte Weiterentwicklung des Programms verhindert?
71. Abgeordnete
**Silvia
Schmidt
(Eisleben)
(SPD)** Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die Kürzung des Haushaltsansatzes 2011 für die Städtebauförderung sowie für das Programm der KfW Bankengruppe „Altengerechtes Bauen“ angesichts der Tatsache, dass ein Förder-Euro 7 bis 8 Euro Investitionen auslöst eine Verminderung der Investitionen in den barrierefreien, barrierearmen und altengerechten Umbau des Wohnungsbestandes zur Folge haben wird, und ist die Bundesregierung der Ansicht, dass man das Programm „Altengerechtes Bauen“ angesichts der Erfordernisse des demographischen Wandels zusätzlich mit Haushaltsmitteln verstärken müsste?
72. Abgeordneter
**Uwe
Beckmeyer
(SPD)** Weshalb ist die Bundesregierung bei dem Antragsvolumen der Harmonisierungsmaßnahmen im Jahr 2010 bisher von rund 780 Mio. Euro ausgegangen, während das Gesamtantragsvolumen offensichtlich nur noch rund 480 Mio. Euro betragen hat?
73. Abgeordneter
**Uwe
Beckmeyer
(SPD)** Aus welchem Grund hat die Bundesregierung im Jahr 2010 bei der Bearbeitung der Anträge zur Mautharmonisierung keine regelmäßige Erfassung aller eingehenden Anträge und des damit verbundenen Antragsvolumens vorgenommen, und warum gab es zum Quartalsende bisher keine regelmäßigen Überprüfungen, wie viele Anträge mit welchem Gesamtantragsvolumen eingegangen sind?
74. Abgeordnete
**Marianne
Schieder
(Schwandorf)
(SPD)** Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich angeblicher Finanzierungsprobleme der Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof–Regensburg aufgrund zu erwartender hoher Kosten für „Stuttgart 21“, und welche weiteren Einschränkungen bei Bauvorhaben im Schienenverkehr sind durch das Stuttgarter Großprojekt zu erwarten?

75. Abgeordnete
Birgitt Bender
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit der von der Deutschen Bahn AG angeordneten Rodung der Bäume im Stuttgarter Schlossgarten vor dem Hintergrund, dass die geplanten Baumaßnahmen für Stuttgart 21 Monate hinter dem Zeitplan liegen und noch keine Vergaben für wichtige Gewerke vorliegen?
76. Abgeordnete
Birgitt Bender
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum setzt sich die Bundeskanzlerin nicht höchstpersönlich für einen Baustopp ein, wenn Sie doch erklärt, die Landtagswahl im März 2011 solle die Volksabstimmung über das Projekt werden?
77. Abgeordneter
Peter Friedrich
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung, das Projekt Stuttgart 21 bei einer Abwahl der derzeitigen Landesregierung bei der Landtagswahl, die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer Haushaltsrede am 15. September 2010 zur Bürgerbefragung über das Projekt erklärt hat, zu beenden, und wie beurteilt die Bundesregierung die dem entgegenstehende Aussage der Deutschen Bahn AG und der Landesregierung, selbst durch eine verbindliche Volksabstimmung sei das Projekt nicht abzubrechen?
78. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Belastungen für die Mieter durch die Möglichkeit der Umlage der Kosten von energetischer Sanierung aktuell und im Falle der Erhöhung über 11 Prozent hinaus ein, wenn keine staatlichen Fördermittel in Anspruch genommen werden?
79. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie plant die Bundesregierung mögliche zusätzliche Belastungen für einkommensschwache Mieterinnen und Mieter abzufedern?
80. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum berücksichtigt die Bundesregierung bei der Haushaltsetatisierung der Städtebaumittel nicht die von ihr selbst im Städtebaubericht 2008 empfohlene Höhe der Bundesmittel von 700 Mio. Euro jährlich, sondern senkt die Mittel der Städtebauförderung im Haushalt 2011 gravierend ab und bittet das Parlament hier initiativ zu werden, wie der Parlamentari-

sche Staatssekretär Dr. Andreas Scheuer im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am 29. September 2010 äußerte?

81. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung Programme der Städtebauförderung zukünftig auslaufen zu lassen, und wenn ja, aus welchen Gründen (bitte differenziert nach einzelnen Programmen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

82. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Erkenntnisse – insbesondere auch dazu, welche sicherheitstechnische Relevanz diese Funktionsstörung im Falle eines Störfalls oder Unfalls im Nachbarblock B gehabt hätte – hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) bislang über die jüngst entdeckte Funktionsstörung der Notstandsanlage im Atomkraftwerk Biblis A (vgl. Bericht in der taz vom 1. Oktober 2010), und hat die Bundesregierung vor ihrer Entscheidung über längere Laufzeiten für das Atomkraftwerk Biblis B alle sicherheitstechnisch relevanten Defizite, die in der vom BMU in Auftrag gegebenen Studie des Öko-Instituts festgehalten sind (vgl. Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 28. September 2010 „Schwere Mängel in Biblis“), im Hinblick auf die Laufzeitverlängerung für Biblis B geprüft?
83. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Durch welche konkreten Maßnahmen (bitte mit Angabe des genauen Datums) hat das BMU damit begonnen, die Umsetzung der von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vorgesehenen Nachrüstmaßnahmen bei Atomkraftwerken zu begleiten und dabei auch den Umsetzungsstand zu verfolgen (vgl. Antwort im Plenarprotokoll 17/61, Anlage 45 auf meine Mündliche Frage 59 auf Bundestagsdrucksache 17/3007), und welche konkreten Erkenntnisse liegen dem BMU dadurch bzw. seitdem bereits vor?

84. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat das BMU außer den auf Bundestagsdrucksache 17/3088 (Antwort auf die Kleine Anfrage zu den Fragen 18 und 19) genannten Sachverständigen der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit auch noch andere behördenexterne Sachverständige in die Erarbeitung der fünfseitigen Nachrüstliste mit dem Titel „Sicherheitstechnische Anforderungen/ Maßnahmen zur weiteren Vorsorge gegen Risiken“ einbezogen – sei es im Rahmen der Arbeitsgruppe oder auf anderem Wege, und falls ja, inwiefern geschah dies (also welche Sachverständigen wurden wie einbezogen)?
85. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Besteht nach Auffassung des BMU nach geltender Gesetzeslage ein dynamischer Sicherheitsstandard für Atomkraftwerke, nach dem jeweils diejenige Vorsorge gegen Schäden getroffen werden muss, die nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen erforderlich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

86. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- Plant die Bundesregierung angesichts der Kürzungspläne bzw. der bereits beschlossenen Kürzungen in den Etats für Wissenschaft und Forschung in anderen europäischen Staaten ein Programm oder Maßnahmen, um unter Verweis auf die steigenden Ausgaben für Wissenschaft und Forschung in Deutschland Forscherinnen und Forscher gezielt anzusprechen mit dem Ziel, dass sie zukünftig in Deutschland wissenschaftlich tätig sind?
87. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung im Entwurf des Bundeshaushalts 2011 im Einzelplan 30 (Titel 685 81 – Gesetzliche Endlageraufwendungen) eine Steigerung von rund 18 Mio. Euro eingeplant, und wie wird dieser Mehrbedarf innerhalb nur eines Jahres begründet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

88. Abgeordnete
Karin Roth
(Esslingen)
(SPD)
- Wie erklärt sich für die Bundesregierung, dass im Einzelplan 23 und den zusätzlichen Erläuterungen die von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim G8-Gipfel in Kanada zugesagten zusätzlichen Haushaltsmittel für die Bekämpfung der Kinder- und Müttersterblichkeit in Höhe von 80 Mio. Euro jährlich (insgesamt 400 Mio. Euro) nicht vorgesehen sind und nur, wie bereits 2010, lediglich 150 Mio. Euro für das bilaterale Engagement im Sektor Gesundheit (Titel 866 01 Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit und Titel 896 03 Bilaterale Technische Zusammenarbeit) veranschlagt werden?
89. Abgeordnete
Sabine Stüber
(DIE LINKE.)
- Welches sind die offenen Fragen, die den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, veranlassen, dem Dschungelstatt-Öl-Modellprojekt – Yasuni-ITT-Initiative – im Yasuni-Nationalpark in Ecuador zum Schutz der biologischen Vielfalt die Unterstützung zu entziehen?
90. Abgeordnete
Sabine Stüber
(DIE LINKE.)
- Was will der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, unternehmen, damit die Fragen geklärt und die Bedenken bezüglich einer Einzahlung in den Treuhandfonds für die Yasuni-ITT-Initiative ausgeräumt werden können?
91. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Wie wird die Bundesregierung als bislang drittgrößtes Geberland bei der Geberkonferenz in New York aktiv werden, um den internationalen Verpflichtungen insbesondere zur Bekämpfung von HIV/Aids nachzukommen, und wie will sie sicherstellen, dass der Global Fonds die 20 Mrd. US-Dollar bekommt, die dringend benötigt werden, um unter anderem HIV-positiven Menschen die lebensrettende antiretrovirale Therapie zukommen zu lassen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

92. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD) Welche Ergebnisse hinsichtlich des laufenden Nahost-Gesprächsprozesses hat die Bundeskanzlerin aufgrund ihrer auch öffentlich gemachten Telefonate mit Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erzielt?
93. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD) Wie begründet die Bundesregierung ihre Bewerbung um einen nichtständigen – und im Falle einer Reform –, sogar um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angesichts der Tatsache, dass die Leistungen Deutschlands auf dem Gebiet von Frieden und internationaler Sicherheit durch die Bereitstellung von Polizei- und Militärpersonal für VN-geführte Peacekeeping-Missionen laut den letzten VN-Angaben für den Monat August 2010 im Vergleich zu ähnlich großen Staaten wie Italien (Rang 16), Frankreich (Rang 18) oder Spanien (Rang 21) lediglich mit Rang 44 bemessen wird?
94. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie gedenkt die Bundesregierung sich für den seit mehr als vier Wochen in Syrien verhafteten deutschen Menschenrechtsaktivisten Ismail Abdi gegenüber den syrischen Behörden einzusetzen, nachdem die bisherigen Bemühungen des Auswärtigen Amts (bitte um konsularischen Zugang, um anwaltliche Vertretung, um Informationen zum Aufenthaltsort und Haftgrund sowie das Angebot der Versorgung mit notwendigen Medikamenten) ob der syrischen Auffassung, Ismail Abdi sei syrischer Staatsbürger, keine Reaktionen auf syrischer Seite erbracht haben, und wie rechtfertigt die Bundesregierung angesichts derartiger Vorgehensweisen der syrischen Behörden ihr Festhalten am Vollzug des am 14. Juli 2008 abgeschlossenen „Abkommens zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Syrien über die Rückführung von illegal aufhältigen Personen“?
95. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Inwieweit hält die Bundesregierung an ihrer Auffassung fest, dass die deutsche Beteiligung an der Mission EUTM-Somalia (European Union Training Mission – EUTM/SOMALIA) kein bewaffneter Einsatz im Sinne des Parlamentsbeteiligungsgesetzes ist, obwohl das Bundesministerium der Verteidigung die Bedrohungslage in Uganda „zurzeit als mittel eingestuft“ hat, d. h. ein/eine „Staat, Organi-

sation oder Gruppe verfügt über die Fähigkeit und die Absicht, deutsche Streitkräfte und/oder verbündete Streitkräfte anzugreifen. Allgemeine, nicht spezifizierte Anzeichen deuten auf möglicherweise bevorstehende Angriffe hin.“ (Unterrichtung des Parlaments 39/10)?

